



Geh wählen!
29.9.
**GUTE WAHL,
GUTES LEBEN!**

www.younion.at/ooe

IN DIESER AUSGABE

Vorwort | **3**

NR Wahlspecial | **4-8**

Verwaltung | **9-10**

Recht | **11**

Aktuelles zur BVP | **9-10**

Pensionist:innen | **12-13**

Sport | **14**

Gehaltsverhandlungen | **15**

Ihr starker Partner. **| DIE VORSORGE |**

Die **VORSORGE** bietet Ihnen ein **RUNDUM-SERVICE** mit **VORSORGE-PRODUKTEN** der Wiener Städtischen, die Ihren Bedarf in jeder Lebenssituation abdecken.



RUNDUM-SERVICE der Vorsorge	
	Pension & Vermögen
	Gesund & Fit
	Risiko & Absichern
	Haus & Wohnen
	Haftung & Recht
	Auto & Fahren
	Freizeit & Reise

„Ich bin in Fragen von **BERATUNG**,
VERSICHERUNG und **SCHADENS-**
ABWICKLUNG immer für Sie da!“

Andrea Sichler-Pauza
Landesdirektion OÖ der Vorsorge



Mag.ª Andrea Sichler-Pauza
Wiener Städtische Versicherung
Untere Donaulände 40, 4020 Linz
a.sichler@wienersaetdtische.at

Foto: Hartl



Vorwort des Landesvorsitzenden Christian Jedinger

Liebe Kollegin, lieber Kollege!

Dieses Magazin ist die letzte Ausgabe vor unserer younion Landeskonferenz und damit einer der Schlusspunkte zur abgelaufenen Arbeitsperiode. Zufällig enden damit die Funktionen in unserer Gewerkschaft fast zeitgleich mit jenen der Nationalrät:innen.

Diese beschäftigen uns gleich zweifach: Zum einen bedeutet die Durchführung der Wahlen in den Gemeinden eine besonders verantwortungsvolle Tätigkeit mit Wochenenddiensten unserer Mitglieder. Daran anknüpfend gleich folgende Fragen: Ob denn diese Tätigkeiten auch gleich entlohnt werden und warum Teilzeitkräfte keinen oder nur einen geringeren Zuschlag bekommen? Darauf werden wir gewerkschaftlich einwirken. Zum anderen geht es um die demokratische Zielsetzung für unser Land in den

nächsten fünf Jahren. Es ist nicht meine Aufgabe, Wahlwerbung zu machen. Den Aufruf, wählen zu gehen, nutze ich wie jeder andere Mensch, der sich in der Gesellschaft für die demokratische und sozial starke Weiterentwicklung einsetzt. Es geht um die Frage der Qualität und Attraktivität unserer Gemeindeverwaltung, den Schutz unserer sozialen Dienstleistungen und Daseinsvorsorge vor Privatisierung, das Erhalten der Arbeitsplätze im Gemeindedienst, eine gute Bildung und Chancengleichheit für unsere Kinder. Und sehr naheliegend auch darum, in die Pflege zu investieren, um die Versorgung im Alter sicherzustellen. Um es abzukürzen: Wir haben den unterschiedlichsten Kandidat:innen für den Nationalrat Fragen gestellt, die Antworten findet ihr in diesem Magazin.

Meine Funktionszeit endet am 24. Oktober. Das klingt überraschend, muss aber nicht be-

unruhigen. Die Aufgabe des Landesvorsitzenden ist eine befristete und im Rahmen von Wahlen wird sichtbar, ob das Vertrauen für weitere fünf Jahre ausgesprochen wird. Dieser Wahl stelle ich mich und bin stolz darauf, vieles mit den Vertrauenspersonen und dank der 22.000 Mitglieder als Erfolg verzeichnen zu können. Gehaltsabschlüsse müssen verhandelt und das Dienstrecht für die Mitglieder verbessert werden – das geht nicht im Alleingang und daher ein besonderes Danke für die großartige Unterstützung. Ich merke, dass mein Herzblut in dieser Aufgabe steckt. Auch deshalb ist es mir ein Anliegen, das mehr als gerechtfertigte Gleichziehen der Verwaltung bei den Einstufungen und Zulagen rasch zu verhandeln.

Ihr
Christian Jedinger
Landesvorsitzender



Wir sind für Sie da:

younion _ Die Daseinsgewerkschaft
4020 Linz, Volksgartenstraße 34
Tel.: +43 732 65 42 46
mailto: oberoesterreich@younion.at
http://www.younion.at



GUTE WAHL, GUTES LEBEN!

Nationalratswahl 2024

Am 29. September ist es für Arbeitnehmer:innen wichtig, eine gute Wahl zu treffen. An diesem Tag wählt Österreich einen neuen Nationalrat.

Viele Gesetze, die der Nationalrat beschließt, betreffen Arbeitnehmer:innen direkt – zum Beispiel die Arbeitszeit, das Pensionsalter oder die Sicherheit am Arbeitsplatz.



4 Gründe, warum Nichtwählen keine Option ist:

1. Freie Wahlen und Demokratie sind Errungenschaften, die wir nicht verspielen dürfen – allein deshalb ist es wichtig, wählen zu gehen.

2. Wer nicht hinget, verschenkt nicht nur seine bzw. ihre Stimme, sondern macht es den Parteien auch leichter, zu sitzen im Nationalrat zu kommen. Denn, je mehr Nichtwähler:innen es gibt, desto weniger absolute Stimmen braucht eine Partei, um ein hohes prozentuales Wahlergebnis zu erreichen.

3. Wer sichergehen will, dass eine bestimmte Partei nicht gewählt bzw. nicht zu stark wird, fährt am besten damit, seine bzw. ihre Stimme für eine andere abzugeben – auch wenn man eventuell nicht in allen Punkten mit der gewählten Partei übereinstimmt.

4. Gehst du nicht wählen, bedeutet das, dass andere darüber entscheiden, wer dich in Zukunft vertritt.

Wir wollen es deshalb genau wissen und haben bei Oberösterreichs Spitzenkandidat:innen für die Nationalratswahl nachgefragt und ihnen drei Fragen zum Gemeindedienst gestellt.



NAbg. Eva-Maria Holzleitner, SPÖ

1. Wie sehen Sie den Gemeindedienst in Oberösterreich?

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gemeinden halten das System am Laufen! Egal ob im Bauhof, den Bildungseinrichtungen oder dem Gemeindeamt – ohne sie geht nichts. Besonders vor Augen ge-

führt wurde uns das während der Corona-Pandemie, wo die Gemeindestuben oftmals erste Anlaufstelle für Fragen aller Art waren. Auch die Durchführung von Wahlen wäre ohne die fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinden nicht möglich, weshalb sie eine wesentliche Säule unserer Demokratie sind!

2. Wofür stehen Sie (in drei Worten)?

Gleichberechtigung, Miteinander, Selbstbestimmung

3. Welche Gehaltserhöhungen sollen Ihrer Meinung nach im Dezember im Nationalrat für die Gemeinden/ öffentlich Bediensteten beschlossen werden?

Die Gehaltsverhandlungen führt die Sozialpartnerschaft – und das ist auch gut so. Der Nationalrat beschließt die Erhöhung zwar, die Gewerkschaftsvertreterinnen und -Vertreter verhandeln aber mit dem Ministerium, das für den öffentlichen Dienst zuständig ist. Meine Unterstützung gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, denen ich jene Erhöhung wünsche, die ihnen zusteht und auch den gestiegenen Lebenserhaltungskosten gerecht wird!



NAbg. August Wöginger, ÖVP

1. Wie sehen Sie den Gemeindedienst in Oberösterreich?

Der oberösterreichische Gemeindedienst leistet eine wertvolle Aufgabe für alle Ein-

wohnerinnen und Einwohner unserer Gemeinden. Sie sind das Rückgrat, dass den Betrieb am Laufen haltet und sind immer bereit zu helfen, sei es im Winter in den frühen Morgenstunden, am Gemeindeamt bei Bürgeranfragen oder in der Nacht, wenn noch ein plötzlicher Wasserrohrbruch auftritt. Darüber hinaus stellen sie sicher, dass unsere Gemeinden erblühen, die Straßen sicher sind und unsere Kindergartenkinder die beste Frühbildung erhalten.

2. Wofür stehen Sie (in drei Worten)?

Leistung, Familie, Sicherheit

3. Welche Gehaltserhöhungen sollen Ihrer Meinung nach im Dezember im Nationalrat für die Gemeinden/ öffentlich Bediensteten beschlossen werden?

Gehaltsverhandlung sind Sache der Sozialpartner bzw. des zuständigen Ministeriums. Die rollierende Inflation sollte jedoch jedenfalls abgegolten werden.

ÖGB: 50 Fragen an die Parteien | ARBEIT UND DEMOKRATIE

Mehr Freizeit

Forderung: Arbeitszeitverkürzung

Immer mehr Beschäftigte wünschen sich endlich kürzere Arbeitszeiten. Nicht nur weil die letzte Arbeitszeitverkürzung mehr als 40 Jahre her ist, sondern weil sie viele Vorteile mit sich bringt. Kürzere Tages- und Wochenarbeitszeiten machen uns gesünder und zufriedener. Arbeitnehmer:innen sind weniger erschöpft und Krankenstände nehmen ab. Außerdem bringen sie mehr Zeit für Familie und Freundschaften, und das steigert unsere Zufriedenheit und Lebensqualität. Und auch Unternehmen profitieren von kürzeren Arbeitszeiten – durch gesündere und zufriedener Mitarbeiter:innen und dadurch, dass sie in der Regel kein Problem haben, Arbeitskräfte zu finden.

Ist Ihre Partei für die Verkürzung der Normalarbeitszeit im Arbeitszeitrecht bei vollem Lohn- und Personalausgleich?

SPÖ, GRÜNE, KPÖ, KEINE	ÖVP, FPÖ, NEOS	BIER, LMP

Von den befragten Parteien unterstützen SPÖ, GRÜNE, KPÖ und KEINE die ÖGB-Forderung nach einer gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. ÖVP, FPÖ und NEOS hingegen lehnen diese ab. BIER und die Liste Madeleine Petrovic (LMP) sprechen sich nicht gegen kürzere Arbeitszeiten aus, wollen aber auch nicht, dass der Gesetzgeber diese vorschreibt.

Mehr Einkommen

Forderung: 2.000 € Mindestlohn/-gehalt

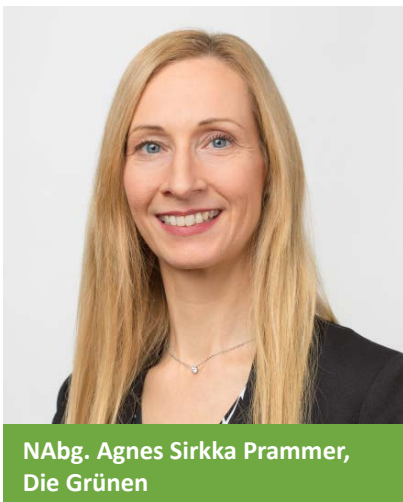
Miete, Lebensmittel, Gas, Strom – aufgrund der hohen Inflation der letzten Jahre ist alles teurer geworden. Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Teuerung waren bei Weitem nicht ausreichend. Immens wichtig waren daher die guten Lohn- und Gehaltsabschlüsse der jüngsten Kollektivvertragsverhandlungen der Gewerkschaften. „Denn in Krisenzeiten ist es besonders wichtig, die Kaufkraft der Menschen zu erhöhen und abzusichern – und zwar langfristig“, sagt ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian. Genau deshalb ist die Forderung nach einem kollektivvertraglichen Mindestlohn bzw. -gehalt von 2.000 Euro für eine Vollzeitstelle relevanter denn je.

Unterstützt Ihre Partei die Forderung nach einem kollektivvertraglichen Mindestlohn bzw. -gehalt von 2.000 Euro?

SPÖ, FPÖ, GRÜNE, KPÖ, KEINE	ÖVP, NEOS, BIER, LMP

Unterstützt wird die Forderung nach einem kollektivvertraglichen Mindestlohn bzw. -gehalt von 2.000 Euro von SPÖ, FPÖ, GRÜNEN, KPÖ und KEINE. ÖVP, NEOS und BIER geben keine klare Antwort auf diese Frage, LMP enthält sich.

JA NEIN KEINE ANGABE/ KEINE EINDEUTIGE ANTWORT



NAbg. Agnes Sirkka Prammer, Die Grünen

1. Wie sehen Sie den Gemeindedienst in Oberösterreich?
 Seit ich politisch tätig bin, habe ich den Gemeindedienst als hochprofessionell wahrgenommen. Gerade in Zeiten der Pandemie konnte ich erleben, wie resilient der öffentliche Dienst im Allgemeinen ist und die Gemeindebediensteten im Speziellen, denn es gelang vor Ort und gemeinsam, diese schwierigen Zeiten zusammen zu bewältigen.

Aber auch andere Bereiche, in denen ich tätig war und bin, sind ohne die Gemeinden und deren Verwaltungsapparate nicht zu bewältigen – ich denke hier etwa an die Integration vor Ort und die Maßnahmen zur Klimawandelanpassung. Für all ihre Arbeit und Engagement für unsere Gesellschaft möchte ich mich bei den Gemeinden und ihren Mitarbeitenden sehr herzlich bedanken.

Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

Der öffentliche Dienst ist eine wertvolle und wichtige Tätigkeit, die auch sinnstiftend ist. Gerade deshalb müssen wir den öffentlichen Dienst attraktiver gestalten. Zu möglichen Anreizen über den finanziellen Aspekt hinaus zählen flexiblere Arbeitszeiten, Home-Office-Möglichkeit, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und das Aufzeigen der Weiterentwicklungsmöglichkeiten innerhalb des öffentlichen Dienstes. Dies ist auch in Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich mit

privaten Unternehmen wichtig.

2. Wofür stehen Sie (in drei Worten)?

In meiner politischen Arbeit ist es mir besonders wichtig, im Austausch mit Expert:innen genauso zu stehen wie mit jenen, die von den Gesetzen betroffen sind und mit ihnen leben und arbeiten werden. Nur so können wir es schaffen, wichtige Maßnahmen, die notwendig sind, um die Erderhitzung und deren Folgen unter Kontrolle zu bekommen, Seite an Seite mit den

Menschen umzusetzen.

3. Welche Gehaltserhöhungen sollen Ihrer Meinung nach im Dezember im Nationalrat für die Gemeinden/ öffentlich Bediensteten beschlossen werden?

Ich möchte hier keinesfalls den Verhandlungen zwischen der GÖD/Younion und der Dienstgeberseite vorgeifen und auch nicht den Verhandler:innen ein Wunschergebnis ausrichten.



NAbg. Hermann Brückl, FPÖ

Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

1. Wie sehen Sie den Gemeindedienst in Oberösterreich?

Der Gemeindedienst in Oberösterreich spielt eine zentrale Rolle in der öffentlichen Verwaltung. Gemeinden übernehmen zunehmend mehr Aufgaben und tragen damit eine immense Verantwortung für das reibungslose Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Als direktes Bindeglied zwischen Bürgern, Verwaltung und Politik sind sie unverzichtbar für das Funktionieren des öffentlichen

Lebens. In den letzten Jahren haben die Gemeinden in Oberösterreich einen bedeutenden Prozess der Professionalisierung eingeleitet. Dabei wurden erfolgreiche Schritte gesetzt, die eine kontinuierliche Weiterentwicklung nicht nur ermöglichen, sondern auch fördern. Diese Entwicklung ist essentiell, um den stetig steigenden Anforderungen gerecht zu werden. Es ist wichtig, dass die Gemeinden seitens der Politik die notwendige Unterstützung und Förderung erhalten, denn nur so können sie ihre vielfältigen Aufgaben weiterhin erfolgreich meistern und die hohe Qualität des Gemeindedienstes aufrecht erhalten. Die Zusammenarbeit zwischen Politik und Gemeinden ist entscheidend, um die positive Entwicklung des Gemeindedienstes in Oberösterreich langfristig sicherzustellen.

2. Wofür stehen Sie (in drei Worten)?

Heimat, Leistung, Sicherheit

3. Welche Gehaltserhöhungen sollen Ihrer Meinung nach im Dezember im Nationalrat für die Gemeinden/ öffentlich Bediensteten beschlossen werden?

Unsere Beschäftigten im öffentlichen Dienst übernehmen wichtige Aufgaben, die für das Funktionieren unserer Gesellschaft unerlässlich sind, und dementsprechend muss diese Arbeit entlohnt werden. Angesichts der Teuerung der letzten Jahre ist es umso dringlicher, dass ihre Gehälter angemessen (selbstverständlich mit Berücksichtigung der Inflation) angepasst werden. Um qualifizierte und motivierte Fachkräfte zu gewinnen und zu halten, müssen wir diese auch gut und vor allem fair bezahlen. Eine angemessene Gehaltserhöhung ist daher nicht nur gerecht, sondern auch notwendig, um die Qualität des öffentlichen Dienstes zu sichern.



NAbg. Karin Doppelbauer, NEOS

1. Wie sehen Sie den Gemeindedienst in Oberösterreich?

Die Gemeinden sind das Rückgrat der Republik und übernehmen eine Vielzahl wichtiger Dienstleistungen im Alltag der Bürgerinnen und Bürger. Vor allem am Land ist es daher wichtig, einen funktionierenden Gemeindedienst zu erhalten und damit das Gemeinwohl zu stärken. Die zunehmende Personalnot belastet neben der Privatwirtschaft jedoch auch

die Funktionsfähigkeit öffentlicher Leistungen und damit das Gemeinwohl an sich. Um im Wettbewerb am Arbeitsmarkt zu bestehen, müssen wir Sorge tragen, optimale Rahmenbedingungen für die Mitarbeiter:innen am Bauhof, die helfenden Hände in der Pflege oder die vertrauensvolle Obsorge in den Kindergärten zu gewährleisten. Dazu gehören Entbürokratisierung, aber auch transparente Postenbesetzungen, damit auch im Gemeindedienst die besten Köpfe den Job bekommen, die für die Bürger:innen so wichtig sind, insbesondere bei der Kinderbetreuung. Gemeinden sollten angesichts der wachsenden Herausforderungen auch stärker unterstützt werden, um gemeinsam Probleme besser zu lösen.

2. Wofür stehen Sie (in drei Worten)?

Freiheit, Fortschritt, Gerechtigkeit

3. Welche Gehaltserhöhungen sollen Ihrer Meinung nach im Dezember im Nationalrat für die Gemeinden/ öffentlich Bediensteten beschlossen werden?

Die Frage stellt sich jedes Jahr auf die gleiche Art und Weise wieder. Einerseits muss der öffentliche Dienst natürlich attraktiv sein, gerade weil es auch hier in einigen Bereichen einen eklatanten Personalmangel gibt. Andererseits ist es nicht argumentierbar, wenn dieser weit über der Inflation liegt und die Inflation sowie eine Neiddebatte damit auch wieder antreibt. Die gute Nachricht der vergangenen Monate ist: die Inflation sinkt. Wenn Bund und Länder nun auch für mehr Wettbewerb im Energiebereich sorgen würden, würde sie das schneller tun.

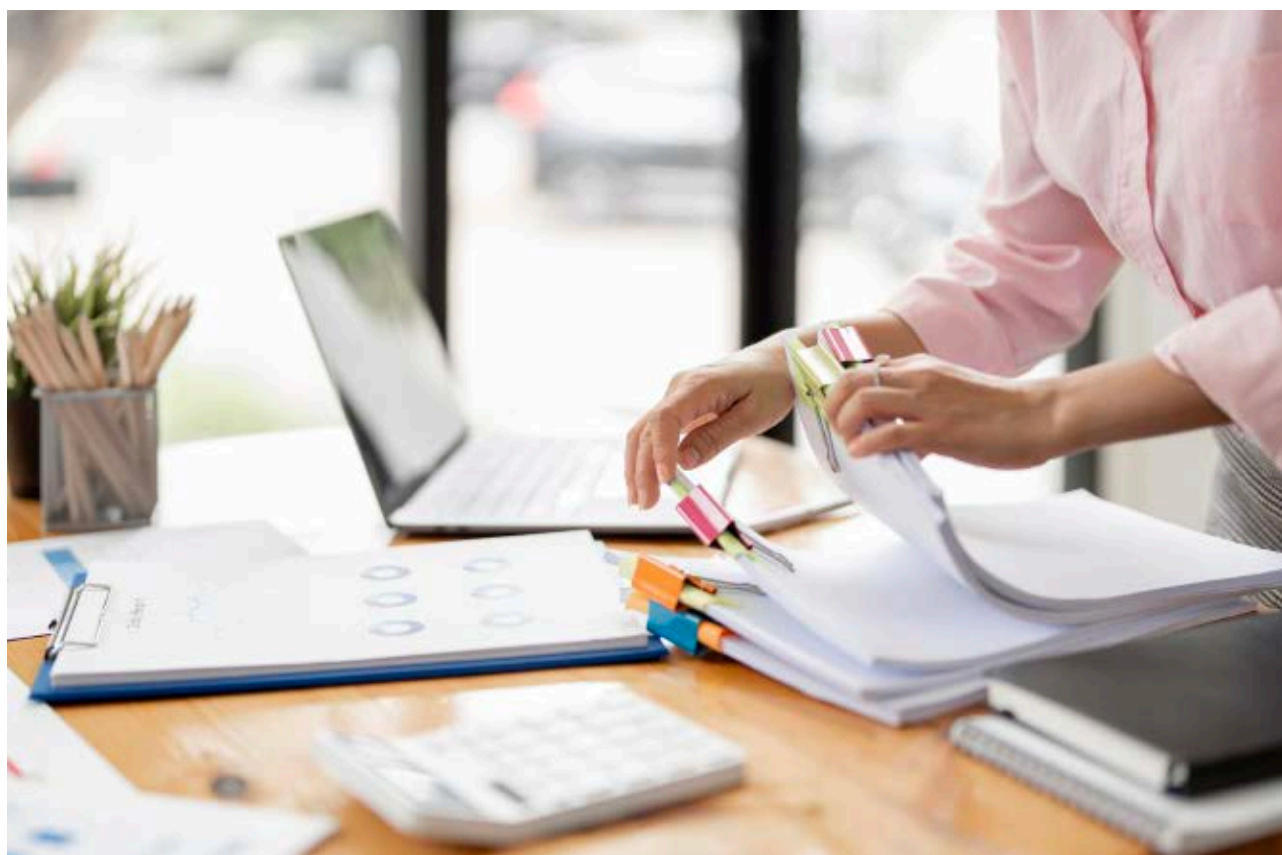
WAS BEDEUTET DIE NATIONALRATSWAHL FÜR OBERÖSTERREICHS GEMEINDEN?



Zeilinger Peter, Bezirksvorsitzender Wels-Land, Oberamtsrat, Gemeinde Krenglbach

„Im Gemeindedienst werden am Wahlsonntag sogenannte Hilfstätigkeiten durchgeführt. Wir machen uns das im Team aus, wer an diesem Sonntag freiwillig im Einsatz sein möchte. Diese Hilfsdienste umfassen sehr viel, zum Beispiel kümmern wir uns um die Führung des Abstimmungsverzeichnis, Erstellung der Niederschriften, Eingabe des Wahlergebnis. So ein Dienst am Wahlsonntag bedeutet für uns, ein bezahlter Einsatz von

6.30 bis ca. 16.30, je nachdem wann alles fertig ausgezählt ist. Danach sind auch noch die Kolleg:innen vom Reinigungsdienst im Einsatz, sie müssen alles noch sauber machen, bevor am Montag wieder der reguläre Schulunterricht beginnt. Ich sehe es als Pflicht zur Nationalratswahl, am 29. September 2024, im Einsatz zu sein, auch wenn mein Kind am Vortag heiratet, da hätte man aber ruhig vorher mal nachfragen können.“ 😊



VERWALTUNG: NICHT SCHON WIEDER MEHR ARBEIT FÜR DIE GEMEINDEBEDIENTETEN

In vielen Gemeinden in Österreich kommt es zur Zeit zu einem Anstieg von Bürger:innen-Anfragen. Grund ist unter anderem der Handwerkerbonus. Denn, das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft verweist auf seiner Website mehr oder weniger direkt an die Gemeinden, wenn es Probleme gibt oder das entsprechende Formular nicht online ausgefüllt werden kann.

„Die Beschäftigten in den Gemeinden helfen natürlich, so weit sie es können - so, wie sie es immer machen. Die Belastungsgrenze ist allerdings bald überschritten, denn in den ver-

gangenen Jahren haben Gemeindebedienstete immer mehr Aufgaben dazu bekommen. Und jetzt auch noch das“, kritisiert Christian Jedinger, Landesvorsitzender der younion Oberösterreich. Er verweist in diesem Zusammenhang auch auf den Personalmangel, von dem auch kleinere Gemeinden betroffen sind.

Dabei wird allerdings nicht dazu gesagt, dass trotz dem Zuschuss an viele Gemeinden, diese ihre Ausgaben nicht mehr decken können – und in den kommenden Monaten in schwere finanzielle Nöte geraten werden. Das Zentrum für Verwaltungsfor-

schung (KDZ) berichtet außerdem davon, dass von einem Euro an Gemeinde-Ertragsanteilen nach allen Abzügen nur durchschnittlich 47 Cent bei den Gemeinden tatsächlich ankommen. Bis 2027 werden es nur mehr 40 Cent sein.

Noch mehr Arbeit

Dabei wartet schon die nächste Mehrbelastung auf die Gemeinden. Denn am 1. September 2025 tritt das Informationsfreiheitsgesetz in Kraft. Und das betrifft sehr wohl auch kleinere Gemeinden. Denn, sie sind dann verpflichtet, individuelle Anfragen innerhalb von vier Wochen zu beantworten.

„Wir begrüßen die Hilfe für jene Bürger:innen, die mit der Digitalisierung nicht so gut zurecht kommen, aber die Bundesregierung kann nicht einfach Dinge beschließen und sich dann nicht um die ordentliche Umsetzung kümmern. Es fehlt schlicht und einfach an Personal, um alle Aufgaben zu bewältigen. Das führt zu einem enormen Frust unter den Beschäftigten.“

Christian Jedinger
Vorsitzender younion OÖ



Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft younion Oberösterreich, **Christian Jedinger**, drängt auf einen raschen Verhandlungsstart.

Gespräche mit Oö.

Landesrätin Langer-Weninger

Auch auf Landesebene stehen die Verantwortlichen auf der Bremse. Nach unserem Gespräch mit Landesrätin Michaela Langer-Weninger Anfang Juli zu dringend notwendigen Verbesserungen im Verwaltungsbereich, haben wir folgende Infos für die betroffenen Kolleg:innen:

- Der Fahrtkostenzuschuss wird nach dem Sommer in der Landtagssitzung beschlossen und ins Dienstrechtsanpassungsgesetz übernommen.
- Beim angekündigten „Jobrad“ dreht das Land noch an dem einen und anderen Schraubchen bei den Umsetzungsmodellen. Wir bleiben dran und werden die schriftliche Ausfertigung kritisch begutachten, denn Nutzungsverträge für geleaste (E-) Bikes haben zwar den Vorteil, dass Arbeitnehmer:innen diese uneingeschränkt auch privat nutzen und – je nach vertraglicher Vereinbarung – für einen

Restbetrag gänzlich erwerben können. Doch oft wird dies mit einem Brutto-Gehaltsabzug verknüpft. Durch die Senkung der SV-Bemessungsgrundlage kann es zu negativen Auswirkungen auf Krankengeld, Arbeitslosengeld oder bei der Pensionierung kommen.

- Anrechnung der Vordienstzeiten: Hier wurde die Ausarbeitung eines leicht verbesserten Modells über den Sommer angekündigt.

„Wir drängen auf einen zeitnahen und konkreten Verhandlungsstart, von dem unsere weiteren Maßnahmen abhängen werden. Ein diesbezüglicher Vorschlag seitens der Landesregierung wurde bis zum Redaktionsschluss nicht übermittelt.“

Christian Jedinger
Vorsitzender younion OÖ

WIR FORDERN MEHR FÜR DIE VERWALTUNG

MACH MIT BEI DER PROTEST-E-MAIL-AKTION: Gemeinsam erhöhen wir den Druck!

Aufgrund der Personaleinsparungen in der Vergangenheit und der aktuellen Pensionierungswelle der Babyboomer, ist es eine Herausforderung Arbeitskräfte für den Gemeindedienst zu gewinnen und bestehende Kolleg:innen zu halten. Es braucht dringend Gehaltsverbesserungen für bestehende Kolleg:innen in allen Bereichen unter besonderer Be-

rücksichtigung der Kolleg:innen in der Verwaltung (Schema Alt + Neu). Seit Herbst 2022 drängen wir nun schon auf Verhandlungen. Doch die Verantwortlichen in der Landesregierung stehen auf der Bremse.

Den Druck können wir nur mit euch gemeinsam erhöhen!

Mach mit und teile deine Forderung nach mehr Gerechtigkeit

direkt dem Landeshauptmann und der zuständigen Landesrätin via E-Mail mit! **Kämpfen wir gemeinsam für bessere Gehaltsbedingungen im Verwaltungsbereich!**

Hier findest du alle Infos, Forderungen im Detail und eine Vorlage:

www.younion.at/ooe



Aus der younion OÖ Rechtsberatung: **ZUSCHUSS ZUR FÖRDERUNG DER BETRIEBSGEMEINSCHAFT WIRD ERHÖHT?**



Die Rechtsexpert:innen der younion Oberösterreich: Landessekretär Mario Kalod (Leitung Dienstrecht), Katharina Lang (Dienstrechtsangelegenheiten) und Harald Teurezbacher (Dienstrechtsangelegenheiten)

Der Zuschuss zur Förderung der Betriebsgemeinschaft (dieser stellt die dienstgeberseitige Finanzierung für alle gemeinschaftsfördernden Aktivitäten wie Betriebsausflug, Weih-

nachtsfeier etc. dar) wird von 40 Euro rückwirkend ab 1. Jänner 2024 auf 50 Euro pro aktiver/aktivem Bediensteter/Bediensteten und Jahr erhöht. So ist es zumindest bereits im Lan-

desdienst passiert. Nun fordern wir dies auch für die Kollegen und Kolleginnen im öffentlichen Dienst/Gemeinden ein.



Weitere Informationen erhält man bei der younion OÖ:

**recht.ooe@younion.at
0732 654246-84313**

SEKTION PENSIONIST:INNEN

DIGITALE AUSGRENZUNG: TREFFSICHERE UNTERSTÜTZUNG FÜR ÄLTERE MENSCHEN

Donabauer: „Es braucht dringend eine öffentliche Beratungsstelle, die niederschwellige Unterstützung anbietet!“

„Altersdiskriminierung durch Digitalisierung zieht sich durch alle Bereiche des Lebens, besonders schwierig ist es aber bei Amts- oder Behördenwegen oder beim Gang zur Bank“, kritisiert Silvia Donabauer, Vorsitzende der Sektion Pensionist:innen der Gewerkschaft younion Oberösterreich und fordert: „Nicht jede Kollegin oder Kollege im Ruhestand kann auf ein soziales Netz zurückgreifen, das einem durch das Internet hilft. Wer es nicht geschafft hat, mit den technischen Errungenschaften

mitzuhalten, bleibt nun auf der Strecke. Auch die Beteiligung am gesellschaftlichen Leben wird dadurch immer schwieriger. Es braucht eine landesweite und öffentliche Stelle, die gut vernetzt und niederschwellig ist, wo Kolleg:innen im Ruhestand mit Expertise weitergeholfen wird, wenn sie Unterstützung brauchen!“

Für die Vorsitzende der Sektion Pensionist:innen der Gewerkschaft younion OÖ sei aber klar, dass man auch selbst Interesse zeigen, sich weiterbilden und offen für Neues sein muss: „Dort wo man selbst nicht mehr weiterkommt, braucht es aber eine treffsichere Beratungsstelle,

wo man andocken kann“, betont Donabauer. „Auch im Alter möchte man doch möglichst lange vieles allein erledigen können, manchmal braucht es aber eine Hilfestellung!“

Eine Beratungsstelle für Digitales solle in einem Amt oder Behörde angegliedert sein, bestenfalls in einem Ministerium, damit sie auch österreichweit Wirksamkeit zeige. „Diese Beratungsstelle soll auch aufbauende Schulungen für aktive Kolleg:innen bzw. Mitarbeiter:innen anbieten, damit man möglichst lange den Anschluss nicht verliert“, so Silvia Donabauer.



Silvia Donabauer, Vorsitzende der Sektion Pensionist:innen der younion OÖ drängt auf mehr Unterstützung von älteren Menschen bei der Digitalisierung vieler Bereiche des Lebens.



UNSERE PENSIONEN MÜSSEN FAIR UND SICHER SEIN!

Österreichs Pensionen werden 2025 um 4,6% steigen. Speziell Mindestpensionist:innen müssen darauf vertrauen können, auch in der Pension gut abgesichert zu sein um ein gutes Leben führen zu können.

Dazu fordern die Pensionist:innen der younion Oberösterreich die Anhebung der Ausgleichszulage über die Armutsgrenze. „Ebenso muss eine dauerhafte Schutzklausel eingeführt werden um Pensionskürzungen zukünftig zu verhindern“, fordert dazu die Vorsitzende der Sektion Pensionist:innen Silvia Donabauer. Pensionistinnen sind zudem besonders gefährdet in die Armutsfalle zu tappen, sie erhalten in Oberösterreich rund

45% weniger Pension als die männlichen Kollegen.

Frauen leisten einen Großteil der Care-Arbeit und können aus diesem Grund oftmals nur einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, infolge dessen erhalten sie auch später weniger Pension. In Zeiten der Teuerung geraten dadurch viele Pensionistinnen in eine prekäre Lage. „Wer sein Leben lang wertvolle Arbeit geleistet hat, verdient sich eine sichere und faire Pension“, betont Donabauer.

Nein zur Pension mit 67!

Und ergänzt: „Auch, dass die Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters positive Auswirkungen hätte, ist ein neoliberales Märchen.“

Statt einer Anhebung des Pensionsantrittsalters wäre es höchst an der Zeit, dass sich die Arbeitgeber darauf konzentrieren, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Arbeitswelt endlich an die Bedürfnisse älterer Arbeitnehmer:innen anzupassen. Dazu zählen Maßnahmen wie flexible Arbeitszeiten, Weiterbildungsmöglichkeiten und altersgerechte Arbeitsplatzgestaltung.“



AUSSCHREIBUNG

70. LANDES-SKIMEISTERSCHAFTEN IN EBENSEE

Als Gewerkschaft freuen wir uns schon auf die 70. Landes-Skimeisterschaften im nächsten Jahr - damit feiern wir ein ganz besonderes Jubiläum. Als Austragungsort ist diesmal Ebensee an der Reihe und findet von

23. - 25. Jänner 2025

statt. Zur Austragung gelangt ein Riesentorlauf mit einem Durchgang.

Die Teilnehmer:innenzahl ergibt sich aus der Stärke der Bezirksgruppen und auf Grundlage sportlicher Kriterien (entsprechend Beschluss des Landesvorstandes sowie aufgrund der begrenzten Bettenanzahl vor

Ort). Gleichfalls erfolgt auch die Klasseneinteilung strikt nach dem ÖSV-Reglement.

Diese Ausschreibung richtet sich ausschließlich an Mitglieder der youunion _ Die Daseinsgewerkschaft. Familienangehörige können an diesen Landes-Meisterschaften (Rennen, Siegerehrung, Abendveranstaltung, usw.) nicht teilnehmen.

Als Höchstzahl der von den einzelnen Bezirksgruppen zu entsendenden Teilnehmer:innen stehen fest:

Braunau	1
Ried	3
Eferding	1
Rohrbach	3

Freistadt	5
Schärding	4
Gmunden	16
Steyr-Land	7
Grieskirchen	4
Steyr-Stadt	10
Kirchdorf	10
Urfahr-Umgebung	1
Linz-Land	13
Vöcklabruck	12
Linz-Stadt	22
Wels-Land	4
Perg	3
Wels-Stadt	16
KMSfB	1

HIER FINDET MAN ALLE INFOS ZUM GEÄNDERTEN ANMELDEMODUS:



Gehaltsabkommen für 2025



YOUNION UND GÖD FORDERN ZU GEHALTSVERHANDLUNGEN AUF

In einem Brief an den Vizekanzler fordert younion _ Die Daseinsgewerkschaft gemeinsam mit GÖD - Gewerkschaft Öffentlicher Dienst die Aufnahme von Gehaltsverhandlungen für das Jahr 2025.

Ein Auszug aus dem Schreiben: „Durch die Personalnot in vielen Bereichen steigt die Belastung unserer Kolleginnen und Kollegen“. Nur „durch das große persönliche Engagement aller

Kolleginnen und Kollegen kann die hohe Leistungsqualität im gesamten öffentlichen Dienst aufrechterhalten werden“. Die younion _ Die Daseinsgewerkschaft fordert „eine nachhaltige Erhöhung der Gehälter, Monatsentgelte und Zulagen, damit einerseits die erlittenen Reallohnverluste abgegolten und eine dauerhafte Sicherung Steigerung der Kaufkraft für alle öffentlich Bediensteten erreicht wird“.

DER GESAMTE BRIEF IST HIER ZU LESEN:



Impressum:

Herausgeber:
younion Landesgruppe Oberösterreich
Redaktion: Mag.^a Barbara Luger
Volksgartenstraße 34, 4020 Linz
0732 / 65 42 46
oberoesterreich@younion.at

Villa Styria

URLAUB IM HERZEN
ÖSTERREICHS
- Bad Aussee -

Zimmerpreise

ab € 65 pro Nacht
inkl. Halbpension
zzgl. Tourismusabgabe

Buchung

Villa Styria BetriebsgmbH
Telefon: +43 732 65 42 46-84328
oder +43 3622 5 2219
Fax: +43 732 65 24 55
E-Mail: info@villa-styria.at
Internet: www.villa-styria.at

Zimmer & Haus

Wir verfügen über modern ausgestattete Zimmer in verschiedenen Größen mit TV, Kühlschrank, Dusche und WC, WLAN-Netz, u.v.m. **Urlaub nur auf Basis Halbpension** (wahlweise mit Mittag- oder Abendessen).

- ✿ Trockensauna
- ✿ Infrarotkabine
- ✿ Massagen (gegen Gebühr)
- ✿ Tischtennis
- ✿ Tischfußball
- ✿ TV- und Seminarraum
- ✿ Spielzimmer für die „Kleinen“

Villa Styria bietet Abenteuer im Salzkammergut

Für unsere Gäste bieten wir u.a. ermäßigte Eintritte für

- ✿ Narzissenbad
- ✿ Salzwelten Altaussee
- ✿ Salzwelten Hallstatt
- ✿ 3-Seen-Tour Grundlsee
- ✿ Welterbergion Dachstein/Krippenstein
- ✿ Koppnenbrüllerhöhle
- ✿ Grünberg und Feuerkogel

Kinderferienaktion:

Kinder bis 14,99 Jahre von Mitgliedern der younion OÖ urlauben in den oberösterreichischen Ferien kostenlos

